

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
14.09.2022
- 3 Aktuelle Situation Energielage
- 3.1 Aktuelle Situation Energielage
Vorlage: 22/SVV/0866
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 4 Gespräch mit dem Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und
Gärten
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung
- 5.1 Regelmäßige Treffen der Fraktionsvorsitzenden mit der Verwaltungsspitze
Vorlage: 22/SVV/0607
Fraktionen DIE LINKE, CDU, DIE aNDERE, Freie Demokraten
- 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 6.1 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz
Potsdam
Vorlage: 22/SVV/0367
Fraktionen SPD, DIE LINKE
- 6.2 Ortsteilbeauftragte/r
Vorlage: 22/SVV/0606
Fraktion DIE LINKE
- 6.3 Grundschuld Garnisonkirchengrundstück
Vorlage: 22/SVV/0649
Fraktion DIE LINKE
- 6.4 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Ernst von Bergmann
gemeinnützige GmbH
Vorlage: 22/SVV/0693
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement und Strategische Steuerung
- 6.5 Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische Schlösser
und Gärten
Vorlage: 22/SVV/0704

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

- 6.6 Stadteilververtretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung
Vorlage: 22/SVV/0742
Fraktion CDU
- 6.7 Unterstützung alternativer Energiequellen
Vorlage: 22/SVV/0748
Fraktion Freie Demokraten
- 6.8 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!
Vorlage: 22/SVV/0737
Fraktion DIE LINKE
- 6.9 Ausbaupotentiale des Fernwärmenetzes
Vorlage: 22/SVV/0726
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Kartenzahlungsmöglichkeit erweitern
Vorlage: 22/SVV/0793
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern
- 7.2 Gespräch mit dem Seniorenbeirat
- 7.3 Personalbedarfsanalyse
Vorlage: 22/SVV/0785
Oberbürgermeister, Personal und Organisation
- 7.4 Vorstudie für den Bau eines neuen Plenarsaals
Vorlage: 22/SVV/0781
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 14.09.2022**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Eingangs begrüßt er Herrn Schlegel, Direktor der Generalverwaltung Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, der heute vertretend für Herrn Prof. Christoph Vogtherr anwesend ist. In diesem Zusammenhang schlägt er vor, den Tagesordnungspunkt 4 als erstes zu beraten.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung sollen die Punkte **6.1, 6.5, 6.6, 6.7, 6.8 und 6.9** wegen der fehlenden Ausschussvoten **zurückgestellt werden**. Im Weiteren schlägt er vor, auch den Tagesordnungspunkt 5.1 **zurückzustellen**, da es am 14.10.2022 dazu ein Treffen mit den Fraktionen geben werde, so dass im Nachgang darüber entschieden werden kann, ob sich das Anliegen erledigt hat.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 62. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 14.09.2022 gibt es keine Hinweise; sie wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**, bei einigen Stimmenthaltungen.

**zu 4 Gespräch mit dem Generaldirektor der Stiftung Preußische Schlösser und
Gärten**

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass es sich bei diesem Tagesordnungspunkt um das jährliche Gespräch mit der Stiftung handelt und nicht nur die Frage zur Debatte stehe, ob sich die Stadt auch weiterhin am Pflegeaufwand der Stiftung beteiligen werde.

Herr Schlegel wirbt in seinen Ausführungen für eine mögliche Fortsetzung der Beteiligung der Stadt an den Pflegeaufwendungen und zieht ein Resümee über die in den vergangenen Jahren umgesetzten Maßnahmen. Er betont, dass die in Rede stehenden Pflegedefizite wörtlich zu nehmen seien und nur den Status quo betreffen. Das bedeute, dass nicht einmal die Schäden im Ergebnis der langen Trockenperioden Berücksichtigung finden. Die von dem jährlichen Zuschuss finanzierten 16 Gärtnerstellen seien davon insbesondere betroffen und die Stiftung müsste nach alternativen Finanzierungsquellen Ausschau halten. Außerdem müssten die Überlegungen von „damals“ (Parkeintritt) fortgeführt werden, um das entstehende Defizit aufzufangen. Die Stiftung müsste dann auch mit dieser alten Idee an die Zuwendungsgeber herantreten.

Im anschließenden Meinungs austausch wird überwiegend gegen die Erhebung eines Parkeintrittes argumentiert, was bereits 2014 und 2018 breiter Konsens unter den Stadtverordneten gewesen sei. Kritisch hinterlegt wird, das fehlende Mitspracherecht der Stadt im Stiftungsrat, die Zurückhaltung von Bund und Land bzgl. einer finanziellen Beteiligung, die Belastung der Stadt durch den Pflegeaufwand eigener Parks und die augenscheinlich fehlende Auskömmlichkeit

des Zuschusses für den ohnehin steigenden Pflegeaufwand. Insbesondere im Vorfeld der bevorstehenden Haushaltsdiskussion sei es „vorausseilender Gehorsam“ einen Beschluss davon abgekoppelt zu fassen.

Der Oberbürgermeister betont, dass es hier um die Frage gehe, ob die Parks offengehalten werden oder eben nicht. Letzteres würde eine Änderung der Stiftungssatzung bedeuten und Potsdam wäre dann die einzige Stadt **mit** einem Parkeintritt. Die Frage der Diskriminierung war auch in der Vergangenheit großes Thema. In Zeiten der eh schon hohen Belastungen der Bevölkerung wäre jedes andere Modell, dass Potsdam von dem Zuschuss entbindet und die Parks offen hält, in Ordnung. Probleme sehe er vor allem darin, dass die Parks eine Durchwegung im Potsdamer Stadtgebiet seien; allerdings sehe er auch eine win win Situation zwischen Stiftung und Stadt.

Im Weiteren wird seitens der Hauptausschussmitglieder für eine dauerhafte Lösung und langfristige Betrachtung dieses Problems plädiert.

Herr Schlegel verweist seinerseits auf zahlreiche Probleme der Stiftung mit Graffiti, Vandalismus und Müll, was die Situation darüber hinaus belastet.

Abschließend beantwortet er die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zum Sachstand des Jagdschlusses Stern und des Kastellanhauses, in dem er darauf verweist, dass die eingeworbenen Mittel noch nicht ausreichend seien, um mit der Sanierung beginnen zu können. Die steigenden Baupreise sind dem ebenso nicht zuträglich.

Der Oberbürgermeister bedankt sich bei Herrn Schlegel und verweist darauf, dass die Beschlussvorlage nach Rückmeldung der drei Beteiligten (Bund, Land Brandenburg und Berlin) weiter beraten werde.

zu 3 Aktuelle Situation Energielage

zu 3.1 Aktuelle Situation Energielage

Vorlage: 22/SVV/0866

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu kurzfristig ausgereichte Mitteilungsvorlage und erläutert, die von der Stadtverwaltung geprüften und umgesetzten bzw. zur Umsetzung vorgesehenen Maßnahmen. Er schlägt vor, diese Mitteilungsvorlage heute **zur Kenntnis zu nehmen** und in den Fraktionen zu besprechen. Soweit es weitere Vorschläge aus den Reihen der Stadtverordneten gebe, werde die Verwaltung diese gerne prüfen, soweit sie machbar sind. Auf Nachfrage plädiert er dafür, das Verfahren nicht zu stark zu formalisieren, sondern die Vorschläge direkt an den Verwaltungsstab zu schicken.

Ebenfalls auf Nachfrage bzgl. der diskutierten Senkung der Rahmenarbeitszeit verweist der Oberbürgermeister darauf, dass diese Maßnahme bereits geprüft wurde. Herr Jetschmanegg habe schon in der letzten Sitzung des Hauptausschusses auf die Zustimmungspflichtige Beteiligung des Personalrates und die damit verbundene Zeitdauer verwiesen.

Zur Anmerkung bzgl. der Schließung des Kiezbades „Am Stern“, so der Oberbürgermeister, wird gemäß Beschluss des Hauptausschusses gehandelt.

Gegen den Verfahrensvorschlag des Oberbürgermeisters erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - zur Erledigung

**zu 5.1 Regelmäßige Treffen der Fraktionsvorsitzenden mit der Verwaltungsspitze
Vorlage: 22/SVV/0607**

Fraktionen DIE LINKE, CDU, DIE aNDERE, Freie Demokraten

zurückgestellt – bis nach dem Treffen der Fraktionen mit der Verwaltungsspitze.

zu 6 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 6.1 Schaffung und langfristige Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in ganz
Potsdam**

Vorlage: 22/SVV/0367

Fraktionen SPD, DIE LINKE

zurückgestellt – fehlt Votum Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

zu 6.2 Ortsteilbeauftragte/r

Vorlage: 22/SVV/0606

Fraktion DIE LINKE

Seitens der Verwaltung wird darauf verwiesen, dass diese Stelle ab dem 01.11.2022 in Elternzeitvertretung besetzt ist.

Dem Vorschlag von Herrn Finken und Herrn Dr. Scharfenberg folgend wird die Drucksache **zurückgestellt**, um diese mit dem Ergebnis der Studie von Prof. Franzke erneut aufzurufen und dieses Paket im Beisein der Ortsvorsteher zu besprechen.

zu 6.3 Grundschuld Garnisonkirchengrundstück

Vorlage: 22/SVV/0649

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister bestätigt, dass die Grundschuld eingetragen ist und es auch keinen anderen Weg gegeben hätte. Nach einer kurzen Erläuterung des Verfahrens und des behördlichen Handelns, schlägt der Oberbürgermeister die Feststellung durch Verwaltungshandeln vor:

Abstimmung:

Die Feststellung, dass diese Drucksache durch Verwaltungshandeln erledigt ist, wird

mit 13 Ja-Stimmen angenommen,
bei 3 Stimmenthaltungen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die im Zusammenhang mit der von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) freigegebenen Zuwendung in Höhe von 4,5 Mio Euro erforderliche Eintragung einer Grundschuld bedarf der Genehmigung durch die Stadtverordnetenversammlung.

**zu 6.4 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Ernst von Bergmann
gemeinnützige GmbH
Vorlage: 22/SVV/0693**

Oberbürgermeister, Teilnehmungsmanagement und Strategische Steuerung

Auf eine Einbringung der Beschlussvorlage wird verzichtet und nach Beantwortung einer Nachfrage von Herrn Teuteberg diese zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	15
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

**zu 6.5 Finanzielle Beteiligung am Pflegeaufwand der Stiftung Preußische
Schlösser und Gärten
Vorlage: 22/SVV/0704**

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Bauen und Projekte

zurückgestellt – fehlen die Voten des Ausschusses für Finanzen und des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

**zu 6.6 Stadteilvertretungen zur Intensivierung der Bürgerbeteiligung
Vorlage: 22/SVV/0742**

Fraktion CDU

zurückgestellt – fehlen die Voten des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung sowie des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

zu 6.7 Unterstützung alternativer Energiequellen

Vorlage: 22/SVV/0748

Fraktion Freie Demokraten

zurückgestellt – fehlt das Votum des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

zu 6.8 Energiekrise nicht zur sozialen Krise werden lassen – Bürger:innen entlasten!

Vorlage: 22/SVV/0737

Fraktion DIE LINKE

zurückgestellt – fehlen die Voten des Ausschusses für Finanzen und des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion

zu 6.9 Ausbaupotentiale des Fernwärmenetzes

Vorlage: 22/SVV/0726

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt – fehlen die Voten des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität sowie des Ortsbeirates Groß Glienicke

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 Kartenzahlungsmöglichkeit erweitern

Vorlage: 22/SVV/0793

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Gespräch mit dem Seniorenbeirat

Zu diesem Tagesordnungspunkt erläutert der Vorsitzende des Seniorenbeirates, Herr Mundt, anhand einer Powerpoint-Präsentation die Rahmenbedingungen für die Arbeit des Beirates, seine Struktur und Arbeitsschwerpunkte im letzten Jahr. Weiterhin werden durch ihn die Seniorenwoche und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung thematisiert. Ergänzend führt Frau Dr. Zufelde zum Schwerpunkt „Wohnen für Senioren“ aus.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, den Informationsfluss zukünftig dadurch zu sichern, dass der Vorsitzende des Seniorenbeirates in den regelmäßigen Austausch mit den für die Beiräte Beauftragten am Tisch des Oberbürgermeisters mit einbezogen wird.

Er bedankt sich für die Ausführungen und für die Zusammenarbeit.

zu 7.3 **Personalbedarfsanalyse**

Vorlage: 22/SVV/0785

Oberbürgermeister, Personal und Organisation

Frau Dr. Kletzing, Leiterin des Fachbereiches Personal und Organisation, erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation

- die Verzahnung von Haushaltsplanung 2023/24 und der Personalbedarfsanalyse
- den Umgang mit den Stellenbedarfsanzeigen aufgrund der Abfrage der Fachbereiche
- die Rolle des Eckwertebeschlusses
- die Strategie der Personalwirtschaft
- aktuelle Aktivitäten der Personalgewinnung und –bindung

Im Rahmen des sich anschließenden Meinungsaustausches werden Nachfragen beantwortet, wie nach der „ausreichenden Beweglichkeit“ der Planungen, um den aktuellen Anforderungen z.B. nach mehr Sozialleistungen gerecht werden zu können, nach Effekten der Nutzung anderer Stellenbörsen und nach einer Gesundheitsquote, die neben der Stellenbesetzungsquote zur Transparenz beitragen kann.

Abschließend betont der Oberbürgermeister die Haushaltsrelevanz der benötigten Stellen und die Notwendigkeit die Bedarfe zu validieren. Im Weiteren erläutert er den Umgang der Verwaltung mit den Bedarfen zur Umsetzung aktueller gesetzlicher Vorgaben.

Er bedankt sich bei Frau Dr. Kletzing und allen an diesem Prozess Beteiligten sowie bei den KollegInnen des Bereiches Personal und Organisation.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 **Vorstudie für den Bau eines neuen Plenarsaals**

Vorlage: 22/SVV/0781

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung

Herr Beck, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, beantwortet die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder.

Im Rahmen der Diskussion werden die Vor- und Nachteile der jeweiligen Standorte sowie das Ergebnis der Vorstudie kontrovers diskutiert. Die zeitnahe Errichtung eines Plenarsaales sei aber an beiden Standorten eher unrealistisch, da Planungsvorleistungen und bauvorbereitende Maßnahmen dies nicht ermöglichen, auch wenn es einen vermeintlichen Vorteil durch den Zugriff auf das Grundstück des Campusgeländes gebe.

In der kontrovers geführten Diskussion betont der Oberbürgermeister, dass er sich in der Abwägung zwischen der Schaffung von Arbeitsplätzen für die Mitarbeitenden der Verwaltung und dem einmal im Monat benötigten Sitzungssaal für die Mitarbeitenden entscheide.

Er sagt zu, die von Herrn Tomczak gewünschten Zahlen nachzuliefern.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8 Sonstiges

Auf Bitte der Fraktion DIE aNDERE wird ein Sachstand zur geplanten Fällung des Baumbestandes auf dem Gelände der Rosa-Luxemburg-Schule gegeben. Diese Fläche ist für die Erweiterung der Sporthalle vorgesehen und die Fällgenehmigungen liegen bereits vor. Da die Fraktion einen Antrag gestellt hat, die Bäume nicht zu fällen, sondern auf dem Schulgelände zu verpflanzen, wird darum gebeten, bis zur Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 5.10. keine vollendeten Tatsachen zu schaffen.

Darauf Bezug nehmend informiert Herr Richter, KIS, dass die Baumfällungen in der nächsten Woche ausgesetzt und die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung zum o.g. Antrag abgewartet werde. Im Weiteren werde noch vor den Herbstferien mit der Schule und den Eltern bzgl. Ersatzpflanzungen das Gespräch gesucht.